



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21881 - 38  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/40 - 18. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Die falsche Aussage des Herrn Alenauer Störmanöver, die uns alle angehen.	51
2 - 3	Das Drama der Borinage Der Konflikt im belgischen Kohlengebiet	105
4 - 5	Einheitliche Schulferien? Die Kultusminister-Konferenz hat das letzte Wort	61
6	Schnellebige Zeit Start eines Erdsatelliten - kein Stoff mehr für Schlagzeilen	35
7	Blank kneift Keine Lust zu einem Streitgespräch mit Prof. Schellenberg	39

\* \* \*  
\* x

Die falsche Aussage des Herrn Adenauer

sp - Wenn Konrad Adenauer vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU spricht, gibt es meist Kleinholz. Er scheint sich dann so in seinem Element zu fühlen, daß er völlig vergißt, wie falsch seine Aussagen über politische Zusammenhänge und Probleme sind. Ginge ein solches Verfahren nur die Adenauer-Partei an, dann könnte diese die Entgleisungen ihres Parteivorsitzenden unter sich ausmachen. Da Adenauer aber auch Bundeskanzler ist, geht das, was er sagt, was alle an.

Es ist eine falsche Aussage, wenn Adenauer - wie er es am Dienstag getan hat - behauptet, ein Disengagement, d.h. das Auseinanderrücken der beiden Militärblöcke in Europa, würde den Abzug amerikanischer Gruppen vom europäischen Kontinent zur Folge haben. Es gibt unseres Wissens keine einzige offizielle amerikanische Stellungnahme, aus der hervorgeht, daß ein Disengagement in Europa die amerikanischen Truppen zum Verlassen des europäischen Kontinents veranlassen würde. Alle Disengagement-Pläne - einschließlich der Plan des polnischen Außenministers Rapacki - gehen von der Idee aus, zunächst die ausländischen Truppen aus beiden Teilen Deutschlands zu entfernen. Sie verfolgen weiterhin das Ziel, Polen und die Tschechoslowakei von sowjetischen Stützpunkten, einschließlich Raketen-Abschubbasen, freizumachen. In keiner der bisher bekanntgewordenen und zum Teil in aller Öffentlichkeit geführten Diskussionen über ein Disengagement in Europa ist davon die Rede gewesen, die amerikanischen Gruppen oder ihre Stützpunkte - etwa aus Frankreich oder Spanien - zu entfernen. Weder im Osten noch im Westen hat man diese Perspektive angedeutet.

Bei den Gutachten, die das NATO-Oberkommando vom rein militärischen Standpunkt zu den Disengagement-Plänen abgegeben hat, wird von einer Schwächung der NATO - zum Beispiel bei Verwirklichung der atomwaffenfreien Zone - nur unter der Voraussetzung gesprochen, daß die Entwicklung der westlichen Raketen-Technik auf dem Stand von etwa 1957 bleiben würde. Seitdem die Amerikaner angekündigt haben, daß sie mit der Serienproduktion interkontinentaler Raketen beginnen, ist das Argument der Notwendigkeit "vorgeschobener Stützpunkte" nicht mehr in der militärischen Diskussion.

Adenauer operiert also mit falschen Aussagen. Ob er es unbewußt oder absichtlich tut, wissen wir nicht. In Effekt sind aber in dieser Situation derartige falsche Aussagen dazu geeignet, Verhandlungsmöglichkeiten über eine militärische und politische Entspannung in Europa zu torpedieren.

Auch die Kritik Adenauers an der Haltung Englands ist völlig deplaciert. In wenigen Tagen wird der britische Premierminister Macmillan nach Moskau reisen. Zweifellos ist es seine Absicht, am Ort und Stelle zu erkunden, welche Möglichkeiten gegeben sind, um die sehr kritisch gewordene internationale Situation durch erfolgsversprechende Verhandlungen wieder zu normalisieren. Ob Macmillan dies gelingt, weiß man heute noch nicht. Aber jetzt schon, bevor er seine Reise angetreten hat, ausgerechnet von Bonn aus die gewiß nicht leichte Position Macmillans zu schwächen, ist unpolitisch im höchsten Grade.

Bleibt nur noch die Frage offen, ob die Eskapaden Adenauers der Ausdruck eingebildeter Stärke sind - etwa um sich anbahnende Gespräche zu stören - oder aber die Böllerschüsse zur Ankündigung des Rückzuges von einer unhaltbar gewordenen Position.

Das Drama der Borinage

K.K. B., Brüssel

Die Krise der Kohle ist gewiß keine nationale Angelegenheit eines der Kohle produzierenden Länder. Die Entwicklung der Industrie, die Automatisierung der Wirtschaft, die neuen atomaren Aspekte einer von Grund auf und revolutionär erneuerten Wirtschaft entfremden die Industrien, die viele Jahrzehnte den Kohlenabbruch rentabel gemacht haben, mehr und mehr dem Kohlenverbrauch. Der private Bedarf reicht nicht aus, um die Kohleförderung auch nur annähernd produktiv zu machen. Neue Wege müssen gefunden werden, um aus sterbenden Industrien neue florierende Industriezweige zu machen.

Aber, wie immer, haben gewisse Großverdiener vergangener Konjunkturzeiten nur an sich und nicht an die Tausende gedacht, für die das harte Brot der Mine, trotz aller Gefahren und trotz aller Erschöpfung, nicht nur die Existenz, sondern auch jener innere Impuls war, ohne den der Mensch zur Maschine herabsinkt und zur bloßen Mumie degradiert wird.

Enorme finanzielle Zuwendungen sind in allen Ländern in die Kohlenindustrie gesteckt worden. Sie fanden nicht immer die richtige Verwendung, und die Verpflichtung zur Modernisierung wurde von vielen Bergbauunternehmern nicht sehr ernst genommen. Die mangelnde Kontrolle erleichterte jede Art von Hochstapelei, und die Subsidien waren eine Art unverdiente Rente, die denen am wenigsten zugute kam, die in täglicher Gesundheitsgefährlicher Schlacht mit den unergündlichen Tücken der Tiefen standen.

Der Gemeinsame Markt beglückt schlecht für die Männer in den Minen und ihre Familien. Die "Hohe Behörde" des Gemeinsamen Marktes verlangt die Schließung des Großteils der Bergwerke, die als unrentabel bezeichnet werden.

Eine Explosion des Zorns und der Angst

Die Reaktion der Bevölkerung war von einer dramatischen Spontaneität; es ist eine ganze Bevölkerung, Handwerker, kleine Kaufleute, denn sie wissen, daß es für sie alle um eine Frage auf Leben und Tod geht. Stirbt die Minenindustrie, so stirbt die ganze Region.

Außerordentliches und fast einmaliges Phänomen: Die christlichen Syndikate marschieren Arm in Arm mit den sozialistischen, ja, sie suchen sogar, an Radikalismus und Intransigenz zu übertrumpfen. Sympathiestreiks in anderen Kohlenrevieren folgten.

Die Regierung beschwört die Minenarbeiter, wieder an die Arbeit zu gehen, die christlichen Gewerkschaften rufen zu einem Generalstreik von einer Woche und darüber hinaus auf, während die sozialistischen Syndikate vorerst nur zu einem 24-stündigen Protest-Streik aufgerufen haben. Diese Entwicklung ist ein Beweis dafür, in welcher elementarer Weise die Bevölkerung des Kohlerebietes aufgewühlt ist.

Der Standpunkt der Regierung

Die Regierung beruft sich auf die Forderung der Autoritäten des Gemeinsamen Marktes, diktiert nicht aus Gründen einer anti-sozialen Gesinnung, sondern aus gebieterischen Motiven der Wirtschaft, die aus der Krise heraus muß, in der sie zu ersticken droht. Sie weist darauf hin, daß sieben Millionen Tonnen Kohlen gestockt sind, daß der Verbrauch immer mehr absinkt und daß zahlreiche Schlüsselindustrien ihren Kohlenverbrauch einschränken.

Seit mehr als fünf Jahren sind die Minen der Borinage zum größten Teil in die Kategorie 3 der Minenindustrie einklassiert, das heißt, in die Kategorie derjenigen Bergwerke, die steril sind, keine Rentabilitätschancen mehr haben und ständig im harten Konkurrenzkampf absinken. Für sechs Milliarden hat man Subventionen gezahlt, und sie sind mehr oder weniger in ein hohles Faß geflossen, ein Faß ohne Boden ... Man verspricht ein Maximum an neuen Industrien, die man in der Borinage aufbauen will, um die arbeitsloswerdenden Mineure in anderen Berufen unterzubringen. Bis zum Ende des Jahres 1959 will man 15 - 20 000 Angestellte der stillzulegenden Minen in anderen Berufszweigen untergebracht haben. Man hat ein - objektiv gesehen - sehr richtiges Wort von offizieller Seite gehört, das aber, psychologisch gewertet, sehr fehl am Platze war. Auch für die Minenarbeiter, so erklärte ein ministerieller Sprecher, sei es gewiß begrüßenswert, aus dem ungesunden und gefährlichen Metier des Bergbaus in andere, weniger erschöpfendere und riskante überführt zu werden.

Sie wollen Kumpel bleiben!

Aber, so erstaunlich es auch manchem scheinen mag, die Kumpel wollen gar nicht ihr Metier wechseln. Sie sind gewiß die ersten, die um diese Gefahren wissen. Aber sie lieben ihren harten, menschenfressenden Beruf. Sie lieben diese Tiefen der Erde, die sie mit der Spitzhacke angreifen, und sie wollen ihm treu bleiben. Der Instinkt der Masse ist manchmal nicht leicht enträtselbar, aber er ist fast immer sympathisch und rührend, weil er in einem guten Sinne menschlich ist. Und dann - die Menschen der Borinage sind mißtrauisch. Man verspricht ihnen neue Industrien, man will sie an neue professionelle Möglichkeiten anpassen. Aber sie wollen nicht umgeschult werden. Und weiter: ihre Bergwerke sind eine tägliche Realität für sie. Was später kommen wird, so argumentieren sie, weiß niemand ...

Das Lösungswort: Nationalisierung des Bergwerks

Nach der Katastrophe von Marcinelle, das nicht in der Borinage liegt, sondern bei Charleroi, das indessen auch ein Kohlenzentrum mit genau den gleichen Entartungs- und Zerfall-Symptomen ist wie die Borinage, haben die Sozialisten die Nationalisierung des Bergbaus im Parlament durchsetzen wollen mit der Begründung, daß die Zeit überreif sei, diesen Produktionszweig aus den Händen einer Unternehmerschaft, die den Aufgaben der Zeit nicht gewachsen sei, zu nehmen und ihn unter staatlicher Kontrolle zu stellen. Diese Initiative scheiterte vor allem am Widerstand der liberalen Koalitionspartner, eingeschworen auf die private Initiative eines "mit der Zeit mitgehenden Unternehmertums" und im Prinzip allen Schmälereien des privaten Kapitals abhold. Aber auch die christlich-soziale Opposition wäre ohne Zweifel bei dieser Initiative nicht mitgegangen. Obwohl ein außerordentlicher Parteitag der Sozialisten die Nationalisierung des Bergbaus gefordert hatte, mußte das Projekt zu den Akten gelegt werden. Jetzt haben sogar die christlichen Syndikate die alte Forderung der Sozialisten wieder aufgenommen und in einem Manifest, zwei Tage nach Ausbruch des spontanen Teilstreiks der Mineure, der ab Montag zum Generalstreik wurde, die Nationalisierung der gesamten belgischen Bergbauindustrie verlangt. Was die Sozialisten angeht, so wollen sie im Augenblick vor allem eins: daß kein Bergwerk geschlossen wird, ohne daß eine neue Industrie bereitsteht, die arbeitslos gewordenen Kumpel zu empfangen. Die Kraftprobe kam bei der RLB, der mitten durch die tragende Regierungspartei geht, zu einer Regierungskrise führen. Und eine neue Koalition könnte sich aus dieser Krise herausköhlen - die der Christlich-Sozialen mit den Sozialisten. Aber das ist eine Hypothese, über die man noch nicht spekulieren sollte.

### Einheitliche Schulferien ?

zu. - In seiner Eigenschaft als Präsident der Kultusministerkonferenz der Bundesländer hatte der schleswig-holsteinische Kultusminister Osterloh (CDU) vor kurzem eine erste große Konferenz von Fachleuten nach Kiel einberufen, die Empfehlungen für die künftige Gestaltung der Schulferien und des Schuljahres in allen Bundesländern erörtern sollten. Hierbei wurden die Vorstellungen der sozialdemokratisch regierten Bundesländer, der karitativen Verbände und der Lehrgewerkschaft zum Mittelpunkt einer interessanten Diskussion, als deren Extrakt eine Reihe von sozialpolitischen und sozialpädagogischen Gedanken in Form von Empfehlungen erarbeitet werden konnten. An dieser Diskussion beteiligten sich auch Vertreter von Elternbeiräten, Bäderverbänden, Reiseorganisationen und Jugendgruppen.

Vier Empfehlungen sind das Resultat:

1. Die großen Ferien sollen nicht länger als bisher dauern. Sie sollen auf sechs Wochen beschränkt bleiben. Vor allem die Kinder in den Großstädten sollen in den Ferienwochen (wenn die Eltern mit kürzerem Urlaub sich nicht um sie kümmern können) nicht gezwungen sein, den ganzen Tag auf der Straße zu spielen. Sie sollen auch nicht zur Annahme einer Arbeit angehalten werden. Die Hamburger Schulbehörde hat errechnet, daß 36,6 Prozent aller Schulkinder der Hansestadt in den Sommerferien 1958 keine Möglichkeit hatten, länger als fünf Tage zu verreisen. Auf der großen Ferienkonferenz in Kiel drangen vor allem die Reiseorganisationen mit dem Wunsch nach einer achtwöchigen Feriendauer nicht durch.

2. Die Konferenz empfahl ferner, die Sommerferien von sechs Wochen in der Zeit zwischen dem 23. bis 25. Juni und dem 9. September stattfinden zu lassen. In dieser Zeit soll jedes Bundesland

in jedem Jahr nach gleichen Daten seine Feriendauer entsprechend seinen klimatischen Bedingungen festlegen. Es muss dabei in Kauf genommen werden, dass in der Mitte zwischen den Endterminen Überschneidungen auftreten. Der Vorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz, als letzter Termin den 15. September gelten zu lassen, drang nicht durch.

3. Die grosse Mehrheit der Kieler Ferienkonferenz, voran die Pädagogen, waren dafür, die Gesamtzahl der Ferientage in einem Jahr von 85 auf 92 auszuweihen. Vor allem die Oster- und Pfingstferien sollten verlängert werden. Pfingsten möchten die Lehrerorganisationen für ihre traditionellen Fachtreffen mehr Zeit erhalten. Vielleicht sollte man auch die Weihnachtsferien zu Lasten der Herbstferien verlängern.

4. Es bestand eine grosse Weigung dafür, das Schuljahr in allen Bundesländern im Herbst beginnen zu lassen. Viele pädagogische und soziale Gesichtspunkte sprechen dafür. Das hat vor allem der Herbstschulbeginn in den klimatisch uns verwandten Ländern Belgien und Holland bewiesen. Schleswig-Holstein machte auch positive Erfahrungen aus Skandinavien geltend. Die Bayern verwiesen auf die guten Erfahrungen, die sie als einziges Bundesland mit dem Herbstbeginn gemacht haben. In der Welt beginnt nur noch in den Vereinigten Staaten, in Japan und in der Schweiz das Schuljahr nach Ostern.

Der Schulausschuss unter dem Hamburger Regierungsdirektor Dr. Reimers wird jetzt diese Empfehlungen der Kultusministerkonferenz, die im Juni stattfindet, vorlegen. Die Kultusminister werden das letzte Wort haben. Mit Änderungen vor 1961 ist jedoch nicht zu rechnen. Es wäre zu wünschen, dass die Kultusminister der Länder (die ja Kulturhoheit besitzen) zu einheitlichen Schuljahresnormen kämen. Keineswegs dürfen aber im Juni von den Kultusministern Beschlüsse gefasst werden, die dem sozial schwachen Teil der Bevölkerung - und vor allem den Kindern derartiger Eltern - Belastungen aufbürden können.

Schnellebige Zeit  
-----

ler. Als eine unter vielen Meldungen, die nicht einmal alle Zeitungen für veröffentlichungswert hielten, erfolgte am Dienstag die Bekanntgabe des gelungenen Startes eines neuen Erdsatelliten, dem sechsten seit dem ersten Sputnik. Den Vereinigten Staaten gelang dieses technische Wunder, und diesmal hatten es die amerikanischen Raketenpezialisten vorgezogen, Schweigen zu üben, ehe sie ihren Satelliten in den Weltraum entsandten. Der neue künstliche Himmelsbewohner stellt nach Angaben der Wissenschaftler einen ersten Schritt zur ständigen Wetterbeobachtung auf weltweiter Basis dar. Er ist mit allen komplizierten Messgeräten ausgerüstet und daher in der Lage, den Meteorologen wertvolle Dienste bei der Erkundung der Atmosphäre zu leisten. Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten - und sie dürften sicherlich dabei den Bogen nicht überspannt haben - sprechen bereits von einem "neuen Zeitalter der Wetterbeobachtung".

Verschiedene Sternwarten, so unter anderem auch die Bochumer Volkssternwarte, haben bereits Funksignale von diesem neuen Erdsatelliten aufgenommen, ein Beweis dafür, dass dieser technische Wunderapparat - er wiegt zehn kg, wurde von einer zehn Tonnen schweren dreistufigen "Vanguard"-Rakete abgeschossen und braucht für den Umlauf um die Erde etwa 95 bis 115 Minuten, von denen er während der Hälfte dieser Flugzeit der Sonnenseite ausgesetzt ist - hervorragend funktioniert. Diese rein technischen Angaben allein müssten die menschliche Phantasie anregen und sensationelle Reporter zu erregenden Schilderungen verleiten. Aber nichts dergleichen geschieht.

Was waren das noch für Zeiten, als die Sowjetrussen mit ihrem ersten Sputnik nach den Sternen griffen ... Riesige Schlagzeilen füllten damals die Zeitungen, ganze Seiten wurden diesem epochenmachenden Ereignis gewidmet, Philosophen, Himmelsforscher und nicht zuletzt Staatsmänner und Politiker aller fünf Kontinente stellten darüber tiefgründige und je nach ihrem Standort optimistische oder pessimistische Betrachtungen an. Heute gehört der Start eines Erdsatelliten sozusagen zu den Alltagsneuigkeiten, kaum jemand erregt sich mehr darüber, man nimmt es zur Kenntnis, wie tausend andere Dinge aus der Fülle des täglichen Lebens. So schnell vollzieht sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts eine technische Revolution auf allen Gebieten, auf, unter und über der Erde, der die Menschen einfach nicht mehr zu folgen vermögen.

Blank kneift

sp - Zu einem Streitgespräch mit dem Bundesarbeitsminister Blank hatte der sozialdemokratische Sozial-Experte, Bundestageabgeordneter Prof. Schellenberg, aufgefordert. An Stoff für eine solche in aller Öffentlichkeit geführte Diskussion dürfte es bestimmt nicht fehlen. Die Pläne des Bundesarbeitsministeriums zur Reform der sozialen Krankenversicherung, die eine Kostenbeteiligung der Versicherten vorsehen, und der vom gleichen Ministerium ausgearbeitete Novellen-Entwurf für die Kriegssopfer-Versorgung verursachten in der Bevölkerung böses Blut. Ärztenverbände, Krankenkassen und Kriegssopfervereinigungen machten ihrem Unmut recht deutlich laßt. Sie sehen in diesen Bestrebungen des Bundesarbeitsministeriums den Versuch einer großen Sozialdemontage mit unübersehbaren Folgen für alle Beteiligten.

Das Schreiben, in dem Prof. Schellenberg, einer Anregung aus CDU-Kreisen folgend, den Bundesarbeitsminister zu einem Streitgespräch einlud, trug das Datum vom 31. Januar. Die Diskussion sollte unter unabhängiger Leitung bei gleicher Redezeit und nach dem Ermessen des Ministers in einer Versammlung oder Pressekonferenz, einer Fachveranstaltung oder in sonstigen Rahmen an einem beliebigen Ort stattfinden. Da sich die gesetzgebenden Körperschaften mit den vom Bundesarbeitsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwürfen noch nicht befaßt haben, hätte eine solche öffentlich geführte Diskussion unter unparteiischer Leitung gewiß großen Anklang gefunden und zur Klärung beigetragen.

Aber Blank zog des Hassens Tugend vor, er kneift. Er scheut eine solche Auseinandersetzung mit einem Mann, von dem er aus unzähligen Rededuellen im Parlament weiß, daß er wohl sachlich zu diskutieren versteht und man das Gewicht seiner Argumente und Einsichten nicht so leicht in den Wind schlagen kann. Der Bundesarbeitsminister ließ Prof. Dr. Schellenberg wissen, er halte den geeigneten Zeitpunkt für eine öffentliche Diskussion über das Reformwerk der Kranken- und Rentenversicherung noch nicht für gekommen, "weil sie die Erörterungen über den Referenten-Entwurf des Bundesarbeitsministeriums stören würden".

Für Mannesmut zeugt diese Haltung nicht, außerdem ist sie sachlich unbegründet. Die Öffentlichkeit diskutiert bereits recht heftig über die Pläne des Bundesarbeitsministeriums. Blank will sich jedoch seine Kreise nicht stören lassen, scheut es aber, dies öffentlich zuzugeben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel